

**Eva-Maria u.  
Hans Dietrich**

E. u. H. Dietrich · Julius-Leber-Straße 2 · 33332 Gütersloh

Einschreiben

Frau

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB

Bundesministerin der Justiz

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

Julius-Leber-Str. 2

33332 Gütersloh

Tel.: 05241/55803

Fax: 05241/9975313

E-Mail:

hd.base@gmx.net

Internet:

www.hansdietrich.de

11011 Berlin

03.09.2012

## **Offener Brief zu wirtschaftskriminellen Manipulationen mit Beteiligung des DPMA**

Sehr geehrte Frau Ministerin Leutheusser-Schnarrenberger,

In unserem Schreiben vom 03.08.2012 hatten wir Sie darauf aufmerksam gemacht, dass in den Ihnen seit langem bekannten wirtschaftskriminellen Manipulationen mit DPMA-Beteiligung die Münchener Staatsanwaltschaft die von der Bielefelder Staatsanwaltschaft eingeleiteten Ermittlungen weiterführt. Mit der Aufnahme von Ermittlungen, das wissen Sie genauer als wir, ist zumindest ein Anfangsverdacht verbunden.

Ein Anfangsverdacht, der nach der Zusammenlegung der beiden DPMA-Datenbanken „DPINFO“ und „DPMApublikationen“ im Juni des vergangenen Jahres erst recht deutlich wurde. Dagegen hatten Sie uns am 11. Februar 2011 geschrieben:

„Ihre Vorwürfe gegenüber dem DPMA sind schon im Jahr 2009 im Wege der Fachaufsicht im Bundesministerium der Justiz eingehend geprüft worden. Dabei wurde festgestellt, dass sich Ihre Kritikpunkte entweder nicht bestätigt haben oder sich auf Nebenpunkte bezogen, die auf die korrekte Umschreibung der Patentanmeldung im Register keinen Einfluss hatten. In der Gesamtbetrachtung sehe ich daher keine Anhaltspunkte auch nur für den Anschein einer Täuschungshandlung durch das Deutsche Patent- und Markenamt.“

Wir hatten Sie ebenfalls darauf hingewiesen, dass wir als Türöffner für die angezeigten kriminellen Machenschaften die wohl einmalige Vollmachtsregelung beim DPMA sehen. Eine Kopie des entsprechenden Merkblattes lag dem Schreiben bei. Zudem hatten wir Sie gefragt, weshalb Rechts- und Patentanwälte sowie Erlaubnisscheininhaber **keine** schriftliche Vollmacht beim DPMA zur Ausweisung ihrer Vertretung vorlegen müssen. Eine Antwort haben wir leider noch nicht erhalten. Ihnen obliegt die Aufsicht über das DPMA. In dieser Funktion sehen wir Sie – insbesondere als ehemalige Leitende Regierungsdirektorin des DPMA – in der Verantwortung.

Wer eine solche zu kriminellen Zwecken missbrauchbare Regelung jedoch bestehen und die straffrei lässt, die sie nutzen, nimmt wissentlich die Schädigung anderer in Kauf. Ebenso wie all die, die den Mantel des Schweigens darüber decken.

Wir informieren deshalb mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln so gut es geht – zum Beispiel mit unserer Homepage und der Ihnen zugesandten „Empfehlung“ – möglichst viele Bürgerinnen und Bürger über diesen Missstand. In unserer Vorgehensweise fühlen wir uns bestätigt, denn Transparency International findet unsere Informationen hilfreich.

Der BDI hatte schon vor Jahren daran erinnert, dass „gesetzeswidrige Handlungen abgestellt werden“ müssen, „damit ... der Standort Deutschland langfristig keinen Schaden“ nimmt.

Das befürchten die 36 Unternehmen, die die Bundestagsabgeordneten, wie Sie sicherlich wissen, in einem Schreiben zur Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption und – so die Präambel – Wirtschaftskriminalität auffordern. In dem Brief heißt es:

„Das Ausbleiben der Ratifizierung der UNCAC schadet dem Ansehen der deutschen Wirtschaftsunternehmen in ihren Auslandsaktivitäten. Ein demokratisches Land wie Deutschland muss international insgesamt glaubwürdig sein und darf sich nicht unnötig angreifbar machen.“

Der Verein „Parlamentwatch e.V.“ – bekannt auch als „abgeordnetenwatch“ – hat zur UN-Konvention eine Petition initiiert, in der die Abgeordneten zur Ratifizierung aufgefordert werden. Wir haben diese Petition, wie inzwischen viele tausend Bürgerinnen und Bürger, ebenfalls unterschrieben und dies auf unserer Homepage deutlich zum Ausdruck gebracht.

Für die Antwort auf unsere noch offene Frage bedanken wir uns im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

gez.            Eva – Maria Dietrich            Hans Dietrich

P.S.: Eine Veröffentlichung dieses Offenen Briefes erfolgt auf unserer Homepage [www.hansdietrich.de](http://www.hansdietrich.de) unter „aktuelles“. Zusätzlich informieren wir Stellen und Mitglieder Ihrer Partei und weiterhin so viele Bürger und Bürgerinnen wie möglich.